

Hunger Games: Wie die Bauern der Welt zu kollateralen Opfern von Sanktionen gegen Russland wurden

1 Juni 2022 17:04 Uhr

Die Preise für Düngemittel waren bereits im Begriff in die Höhe zu schießen, als sie dann, inmitten der Sanktionen wegen des Konflikts in der Ukraine, begannen steil anzusteigen. Aber selbst wenn man alle Sanktionen sofort aufheben würde – wäre das noch rechtzeitig, um die Lage zu entschärfen?



Quelle: www.globallookpress.com © Martin Müller via www.imago-images.de
Symbolbild

Ein Bericht von Anastasia Safronowa

Die Eile bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine, und der Abzug zahlreicher Unternehmen aus dem Land erfolgten mit einem bestimmten Kalkül: Die russische Wirtschaft zu zerstören, oder – wie es die deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, formulierte – zu ruinieren. Doch in einer globalisierten Welt, in der alles miteinander verbunden ist, hat jede Handlung Konsequenzen.

Russland ist einer der weltweit führenden Exporteure von Düngemitteln. Nach Angaben des US-amerikanischen Instituts für Düngemittel, sind [die Anteile Russlands](#) am weltweiten Exportmarkt 23 Prozent bei Ammoniak, 14 Prozent bei Harnstoff und 21 Prozent bei Kali, sowie 10 Prozent bei den Exporten von verarbeitetem Phosphat.

Der Preisindex für Düngemittel der Weltbank stieg im ersten Quartal 2022 um fast 10 Prozent auf ein nominales Allzeithoch. Dieser Anstieg folgt auf den Anstieg von 80 Prozent im letzten Jahr. Prognosen

zufolge werden die Preise in diesem Jahr um fast 70 Prozent steigen, bevor sie – vermutlich – in zwölf Monaten wieder fallen werden.

Die Preise steigen höher denn je

Im April [verabschiedete](#) die EU ein weiteres Sanktionspaket gegen Moskau, das ein Verbot der Einfuhr von Düngemitteln beinhaltet – außerdem wurden unter russischer Flagge registrierte Schiffe aus EU-Häfen verbannt. "Ausnahmen werden für Agrar- und Lebensmittelprodukte, humanitäre Hilfe und Energie gewährt", gab Brüssel bekannt.

Bereits im März [sanktionierte](#) die EU mit Weißrussland einen weiteren wichtigen Exporteur von Düngemitteln, wegen seiner Rolle im Ukraine-Konflikt. Kali, einer der wichtigsten Sektoren im Außenhandel des Landes, stand bereits seit 2021 unter Sanktionen, nachdem die EU beschlossen hatte, Weißrussland wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen und der künstlichen Schaffung einer Flüchtlingskrise an der EU-Außengrenze zu bestrafen – Vorwürfe, die Minsk stets bestritten hat.

Zusätzlich zu den Lieferunterbrechungen haben seit Beginn des Ukraine-Konflikts mehrere große Reedereien, darunter die weltweit größten Betreiber von Containerschiffen – A.P. Moller-Maersk A/S und Mediterranean Shipping Co. –, ihre Dienste in Richtung der russischen Häfen eingestellt. Als Reaktion darauf riet das russische Ministerium für Industrie und Handel den russischen Herstellern von Düngemitteln, die Exporte einzustellen, und berief sich dabei auf eine "Sabotage der Lieferketten" seitens der EU.

All dies hat die Preise für Düngemittel ernsthaft beeinflusst. Dr. Brian Baker, Präsident der Internationalen Vereinigung der Bewegungen für ökologischen Landbau (IFOAM) in Nordamerika, erläuterte gegenüber *RT DE* den Marktmechanismus:

"Die geringere Anzahl von Anbietern in der Branche verlieh ihnen mehr Marktmacht, um die Preise festzulegen. Weniger Produktionsstätten, die weiter entfernt von den Anbaufeldern liegen, auf denen Düngemittel ausgebracht werden, machten den Markt für Düngemittel anfälliger für Unterbrechungen in den Lieferketten. Die COVID-19-Pandemie hatte bereits vor dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu erheblichen Störungen dieser Lieferkette geführt."

Die Direktorin des ungarischen Forschungsinstituts für Ökologischen Landbau, Dr. Dora Drexler, stellte ebenfalls fest, dass "der Ukraine-Konflikt, die Preise für Mineraldünger mehr denn je in die Höhe getrieben hat." Sie erklärte:

"Vor zwei Jahren, als die Pandemie begann, wurde allen plötzlich klar, dass die Nachhaltigkeit lokaler Ernährungssysteme sehr wichtig ist, weil dies auch mit unserer Gesundheit zusammenhängt. Jetzt unterstreicht die neue Krise einmal mehr die Bedeutung lokaler Ernährungssouveränität und die Risiken der Abhängigkeit von globalen Wertschöpfungsketten. Der Konflikt selbst hat gezeigt, dass die Art und Weise, wie der Export von Düngemitteln und Getreide zwischen den Kontinenten abläuft, nicht nachhaltig ist."

Dr. Baker vom IFOAM äußerte gegenüber *RT DE*, dass die Landwirte sich aktuell darum bemühen Anpassungen vorzunehmen, um mit der Situation fertig zu werden:

"Landwirte, die sich auf kurzfristige Strategien für das Management der Ergiebigkeit, unter Verwendung löslicher synthetischer Quellen verlassen, sind in einer schlechteren Position als diejenigen, die relativ unlösliche organische Quellen und biologische Prozesse verwenden. Es ist zu erwarten, dass Ernten zurückgehen, aber nicht überall, und die Produzenten arbeiten hart daran, ihre Verluste zu vermindern. Bei schweren Futterpflanzen, wie Mais und Kartoffeln, ist mit den größten Ertragseinbußen zu rechnen."

Ein anderer Experte, Professor Aleksandar Džikić vom International Business College im serbischen Mitrovica, ist der Meinung, dass die Probleme gerade erst begonnen haben:

"Auf dem Markt ist bereits zu spüren, dass die Preise einiger Grundprodukte gestiegen sind. Aber das ist erst der Anfang, denn die Ukraine und Russland sind sehr große Produzenten nicht nur von Lebensmitteln, sondern auch von Düngemitteln und Brennstoffen. Also werden die Preise für Düngemittel sowie die Preise für Diesel rapide steigen. Diese beiden Faktoren werden den Markt in ganz Europa sehr stark beeinflussen, vielleicht in einigen Ländern weniger, in anderen mehr. Serbien ist traditionell ein Agrarland, das kann also auch uns betreffen."

Belgrad, ein enger Verbündeter Moskaus, habe beschlossen, sich nicht an den Sanktionen zu beteiligen – und sei dadurch von der EU extrem unter Druck geraten, verriet der serbische Präsident Aleksandar Vučić. Professor Džikić selbst lehnt Sanktionen gegen Russland ebenfalls ab:

"Die Menschen wollen ihre Arbeit machen, sie wollen so produzieren, wie sie es gewohnt sind, sie wollen einen Markt und sie wollen auch nach Russland exportieren. Das ist also die eine Seite der Geschichte. Aber die andere Seite ist, dass die westliche Welt unsere Regierung dazu drängt, sich ihrer Politik anzuschließen. Serbien ist aber das letzte Land der Welt, das Sanktionen gegen irgendjemanden verhängen würde. Denn wir haben in den 1990er Jahren gelitten, wir haben viel gelitten. Wir wissen genau, wie gewöhnliche Menschen unter Sanktionen leiden. Daher denke ich, dass die Kräfte, die unserer Regierung eine solche Entscheidung aufzwingen wollen, nicht ehrlich sind, weil es dieselben Kräfte sind, die uns in den 90er Jahren mit Sanktionen belegt haben."

Negative Auswirkungen auf die Welt

Inmitten der Sanktionswellen gegen Moskau stellte Washington eine Ausnahmeregelung für russische Düngemittel auf. Laut einem vom US-Finanzministerium im März veröffentlichten [Dokument](#) sind Geschäfte mit Düngemitteln erlaubt. Im [Jahr 2021](#) tätigten die USA – der weltweit drittgrößte Importeur von Düngemitteln – Importe aus Russland im Wert von 1,28 Milliarden US-Dollar.

Dieser Schritt reicht jedoch nicht aus, um die Amerikaner vor steigenden Preisen zu bewahren. Forscher der Universität von Illinois und der Ohio State Universität untersuchten die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts und der Sanktionen auf die Exporte von Düngemitteln. Sie stellten fest, dass die USA zwar über eine robuste Inlandsproduktion verfügen und daher weniger unter Unterbrechungen der Lieferketten bei der Versorgung mit Düngemitteln leiden würden."

Aufgrund der globalen Vernetzung der globalen Düngemittelindustrie werden US-Landwirte wahrscheinlich aber trotzdem mit höheren Preisen konfrontiert werden", heißt es in der Studie.

Ein weiteres Land, auf die oben genannte Studie näher eingeht, ist Brasilien, das in seiner Landwirtschaft stark von Düngemitteln **abhängig** ist und rund 85 Prozent der eingesetzten Mittel importiert – wobei Russland zu den Top-Lieferanten gehört. Im vergangenen Februar besuchte der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro Moskau und gab grünes Licht für die Lieferung von Düngemitteln, die immer noch im Land ankommen – trotz der Schwierigkeiten durch die Sanktionen. "Wir werden nicht Partei ergreifen", sagte Bolsonaro und bezog sich dabei auf Russlands Militäroperation in der Ukraine. "Für uns ist das Thema Düngemittel heilig."

Im darauffolgenden März erklärte die damalige brasilianische Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina Dias, ihr Land habe sich die Unterstützung von Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay und Uruguay für einen Vorschlag an die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation gesichert, Düngemittel von Sanktionen gegen Russland auszunehmen. Die steigenden Preise und die Angst vor Verknappung, erschweren das Leben der Bauern in ganz Südamerika. Und es geht dabei nicht nur um Nahrungsmittel. In Ecuador, wo Blumen eines der wichtigsten Exportprodukte sind, äußerte sich der nationale Verband der Floristen ebenfalls besorgt über den Mangel an Düngemitteln.

Und auch der argentinische Präsident Alberto Fernández äußerte sich bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai in Berlin besorgt über die Auswirkungen der Sanktionen auf internationaler Ebene. Er erklärte:

"Die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen haben negative Auswirkungen auf Argentinien und die ganze Welt. Und deshalb bestehe ich darauf, dass wir einen schnellen Weg finden müssen, um den bewaffneten Konflikt zu lösen."

Die Idee, dass die Sanktionen die Düngemittel nicht betreffen sollten, wurde bereits vonseiten der UNO geäußert. Generalsekretär António Guterres bestand darauf, dass "russische Lebensmittel und Düngemittel uneingeschränkter Zugang zu den Weltmärkten und ohne indirekte Hindernisse haben müssen." Er sprach auch den steigenden Weizenpreis an, da die Exporte aus der Ukraine, einem der großen Produzenten, jetzt durch den Konflikt behindert würden. Und er fügte hinzu:

"Es gibt keine wirksame Lösung der Lebensmittelkrise ohne die Wiedereingliederung der ukrainischen Lebensmittelproduktion sowie der von Russland und Weißrussland produzierten Lebens- und Düngemittel in die Weltmärkte – ungeachtet des Krieges."

Angesichts steigender Preise bei Getreide und Düngemitteln sowie Störungen in den Lieferketten taucht aktuell das Wort "Hunger" in den Schlagzeilen der Medien auf. "Hunger ist ernst zu nehmen", äußerte Dr. Brian Baker in diesem Zusammenhang. "Allerdings denke ich, dass die aktuelle Situation eher ein Problem bei der Lebensmittelverteilung als bei der Lebensmittelproduktion ist. Beides sind Faktoren. Wenn aber die Lebensmittelvorräte schrumpfen, wird die Produktion umso wichtiger."

Auch Dr. Dora Drexler glaubt, dass die Gefahr real ist, aber vor allem für Länder mit weniger entwickelten Volkswirtschaften, zum Beispiel in Nordafrika. Sie stellte fest:

"Diese Länder kaufen das meiste Getreide aus der Ukraine oder aus Russland, und natürlich ist ihre Kaufkraft geringer als in Europa. Wenn es also an Vorräten mangelt und die Preise steigen, sind diese Länder viel anfälliger."

Die afrikanischen Landwirte haben die Auswirkungen dieses Mangels bereits zu spüren bekommen, und es wurde berichtet, dass mehrere Staaten Afrikas Moskau um Hilfe gebeten hätten. Laut Kommentaren des russischen Außenministeriums gegenüber *RIA Novosti* hätten mehrere Staaten Russland um Unterstützung bei der Lieferung von Nahrungs- und Düngemitteln ersucht.

Aber gibt es eine Möglichkeit, Hunger zu vermeiden? Da sowohl Dr. Baker als auch Dr. Drexler auf dem Gebiet der ökologischen Landwirtschaft tätig sind, sehen sie eine mögliche Lösung in der vermehrten Verwendung organischer Nährstoffquellen. Dr. Baker erklärte diesbezüglich:

"Ich sehe den Aufbau lokaler Kapazitäten und kürzerer Lieferketten als eine Möglichkeit, die Menschen in dieser globalen Krise zu ernähren."

Die Ansicht, dass nachhaltige lokale Ernährungssysteme von entscheidender Bedeutung sind, wird auch von Dr. Drexler geteilt. Und die Wissenschaftlerin fügt hinzu:

"Maßnahmen, die wir ergreifen, um sicherzustellen, dass unsere Welt für die Menschen lebenswert bleibt, sollten nicht von Pandemien, Krieg oder Konflikten abhängig sein."

Eine Lösung wäre für mich, jenen Ländern, die derzeit nicht genug Nahrung für ihre eigene Bevölkerung produzieren können, dabei zu helfen, ihre lokale Landwirtschaft zu entwickeln, agrarökologische Methoden anzuwenden und die Produktion vor Ort zu ermöglichen. Um sicherzustellen, dass sie nicht aufgrund eines Konflikts Hunger leiden müssen, der mehrere tausend Kilometer entfernt stattfindet. Und um stärker auf die eigenen Ressourcen zu bauen, als auf den Handel zwischen den Kontinenten."

Der Präsident des iranischen Forschungsinstituts für Pflanzenschutz, Dr. Mohammadreza Rezapanah, hielt fest, dass der Mangel an Düngemitteln schon seit langem vorhergesagt wurde. Dies lasse sich teilweise mit Unterbrechungen von Lieferketten erklären, aber laut Dr. Rezapanah verwüstet die Welt auch ihre natürlichen Ressourcen. Er sagte:

"Ein unbegrenzter Einsatz von Düngemitteln ist nicht mehr möglich."

Als Beispiel nannte Dr. Rezapanah die drohende Phosphorknappheit und bestand darauf, dass Landwirte die Methoden des ökologischen Landbaus ernst nehmen sollten:

"Der ökologische Landbau ist nicht allzu schwierig, aber der Einstieg in den Bio-Handel schon. Sich gegenseitig abzustimmen und für unsere Länder ausreichend produzieren – das würde helfen, die Sanktionen und den Druck zu überwinden. Wir müssen die Umwelt respektieren, wir müssen unsere Landwirte respektieren, und wir müssen den Landwirten den ökologischen Weg zeigen."

Es mag sein, dass noch uns ein langer Weg bevorsteht. Und jede Art von Lösung – ob es nun darum geht, die jetzigen Schwierigkeiten im Handel mit Düngemitteln zu bewältigen, oder in Zukunft auf ökologische Landwirtschaft umzusteigen – erfordert ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Zumal das angesichts der aktuellen Polarisierung in der Welt schwer zu erreichen scheint. Aber selbst wenn man alle Sanktionen sofort aufheben würde – wäre das noch rechtzeitig, um die Lage zu entschärfen?

"Nennen Sie mich einen Optimisten, aber ich glaube, es ist nie zu spät", meint dazu Dr. Baker.

Anastasia Safronowa ist Redakteurin bei RT

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.